

FINANZEN

Von der Leyen ohne Geld: Kommt Friedrich Merz als „Weißer Ritter“?

Zwei Tage vor dem Gipfel steht Ursula von der Leyen ohne Finanzierung für die Ukraine da. Bisher hat sie jede Krise durchtaucht. Nun muss sie auf Merz hoffen.

Michael Maier

16.12.2025 ↻ 17.12.2025, 10:58 Uhr



Ursula von der Leyen eilt Friedrich Merz entgegen, am 15. Dezember vor dem Kanzleramt in Berlin.
AFP

Im Kampf gegen Russland steht EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor dem EU-Gipfel am Donnerstag ohne Finanzierungskonzept da. Der Plan, auf das eingefrorene Vermögen der russischen Zentralbank von bis zu 210 Milliarden Euro zurückzugreifen, wird weiter von Belgien abgelehnt. Die EU-Kommission hatte am Montag rechtliche Änderungen vorgeschlagen, die die Belgier jedoch laut Politico nicht umstimmen konnten. Belgien erklärte am Montagabend bei einem Treffen der EU-Botschafter, dass diese Zusicherungen nicht ausreichten. „Es wird keine Einigung geben, bis der Europäische Rat tagt“, sagte ein anonymes EU-Diplomat demnach. Die Vorschläge der EU-Kommission sind eher vage, wie Politico berichtet.

Nach mehrtägigen Verhandlungen über die Vermögenswerte schlug die Kommission am Montag rechtliche Änderungen an ihrem Vorschlag vor, um die politische Zustimmung Belgiens zu sichern.

Schwammige Garantien reichen Belgien nicht

Laut Text gab die EU-Kommission „rechtliche Zusicherungen, dass Belgien in jedem Fall auf bis zu 210 Milliarden Euro zugreifen könne, falls es mit Klagen oder Vergeltungsmaßnahmen Russlands konfrontiert werde“. Sie erklärte außerdem, „dass kein Geld an die Ukraine ausgezahlt werden dürfe, bevor die EU-Länder finanzielle Garantien in Höhe von mindestens 50 Prozent der Auszahlungssumme stellten“. Als „weiteres Zugeständnis“ wies die Kommission alle EU-Länder an, ihre bilateralen Investitionsabkommen mit Russland zu beenden, um sicherzustellen, dass Belgien im Falle von Vergeltungsmaßnahmen aus Moskau nicht alleingelassen wird“.

Die Belgier haben allerdings keine Zeit zu verlieren: Die russische Zentralbank hat am Freitag beim Moskauer Schiedsgericht Klage gegen Euroclear in Höhe von 228,4 Milliarden US-Dollar eingereicht, wie die staatliche russische Nachrichtenagentur Tass meldete. Die Schadenssumme setzt sich aus den von der Aufsichtsbehörde eingefrorenen Geldern, dem Wert der eingefrorenen Wertpapiere und entgangenen Gewinnen zusammen.

Doppelspiel Frankreichs

Innerhalb der EU unterstützen Italien, Malta, Bulgarien und Tschechien die Forderung Belgiens, alternative Finanzierungsmöglichkeiten für die Ukraine, wie beispielsweise gemeinsame Schulden, zu prüfen. Frankreich fährt doppelgleisig: Nach außen wird der Plan zur Nutzung der eingefrorenen Vermögenswerte unterstützt, Europaminister Benjamin Haddad erklärte am Dienstag in Brüssel, Paris stehe hinter dem Plan. Eine dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron nahestehende Person sagte Politico jedoch, Paris sei „neutral“ in der Frage, ob Europa auf Moskaus Milliarden zurückgreifen oder Eurobonds ausgeben solle, um die Ukraine vor dem Staatsbankrott zu bewahren.

Donald Tusk erklärt der EU, was die Amerikaner wollen

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk sagte, er glaube, dass auf dem Gipfeltreffen am Donnerstag in Brüssel keine Entscheidung über die Zuweisung dieser Gelder an die Ukraine erwartet werde. Allenfalls könnten sich die Staats- und Regierungschefs auf eine Finanzierung für die Ukraine für die nächsten zwei Jahre einigen. Er sagte laut Onet am Montag: „Aktuell haben wir eine Entscheidung, die das Einfrieren russischer Vermögenswerte auf unbestimmte Zeit erlaubt. Bis wir diese Gelder jedoch tatsächlich für den Wiederaufbau der Ukraine – geschweige denn für militärische Unterstützung – einsetzen können, sind wir noch Lichtjahre entfernt.“

Tusk zeigte Verständnis für die US-Position: „Die Amerikaner sagen: Lasst diese russischen Vermögenswerte in Ruhe, denn es ist schwierig, sich mit Putin an den Verhandlungstisch zu setzen und zu sagen: ‚Lasst uns einen Kompromiss schließen, aber wir nehmen euer Geld.‘ Das ist das amerikanische Argument, das zu großer Vorsicht mahnt und davor warnt, die Dinge bis zum Zusammenbruch zu treiben“, sagte er. Tusk sagte, die USA würden die

Vermögenswerte lieber „anders“ nutzen. Washington könnte versuchen, einen Teil des Geldes erst nach vorheriger Abstimmung mit dem Kreml freizugeben. Nach Ansicht von Völkerrechtsexperten ist dies der einzig legale Weg, an die Gelder zu kommen.

Merz als Retter?

Merz räumte im ZDF am Dienstagabend ein, dass die Nutzung der russischen Vermögen nicht einfach sei. Die Chance einer EU-Einigung zur Nutzung des eingefrorenen russischen Vermögens bewertete er mit „fifty-fifty, dass wir das hinbekommen“. Merz räumte ein, dass die juristischen Bedenken zwar ausgeräumt werden könnten, die politischen Bedenken aber bestehen blieben. Er habe Verständnis für Belgien, man müsse aber jetzt handeln, um den Druck zu erhöhen.

Die unauffällige Zustimmung Frankreichs zu Eurobonds könnte für von der Leyen allerdings das Tor für eine „Weißen Ritter“ öffnen: Friedrich Merz hat sich als bedingungsloser Unterstützer der Ukraine profiliert und könnte beim Wort genommen und von allen anderen dazu gedrängt werden, die deutschen Steuerzahler mögen ins Risiko gehen und die Garantien für die nächste Ukraine-Tranche übernehmen. Merz hat Putin mit Hitler verglichen und kann daher auf keinen Fall mit dem russischen Präsidenten verhandeln. Es könnte ihm jedoch vorschweben, dass er zum neuen Churchill wird, der die freie Welt vor den imperialistischen Ambitionen eines Diktators rettet. Nüchtern betrachtet kann Deutschland die nächste Ukraine-Tranche aus der Porto-Kasse bezahlen - vermutlich sogar aus dem bereits beschlossenen Sondervermögen. Damit ersparte sich Merz eine unter Umständen lästige Debatte über gemeinsame europäische Schulden. Dies war in Deutschland theoretisch abgelehnt worden, wenngleich Vorläufer von Euro-Bonds mit den Corona-Milliarden bereits existieren.

Merz könnte damit auch den Demokraten in den USA einen Gefallen erweisen: Sie wollen, die die Briten, den Kampf gegen Russland weiter führen. Bereits Mitte 2026 beginnt der Wahlkampf für die sogenannten Mid-Terms. Dann könnte Trump seine Kongress-Mehrheit verlieren und der Weg wäre frei für ein Amtsenthebungsverfahren und eine Rückkehr zur Ukraine-Politik von Joe Biden. Auf eine solche Entwicklung spekulieren einige der Europäer, deren erstes Ziel aktuell ist, eine Einigung zwischen Putin und Trump zu verhindern.

Die Ukraine braucht vor allem Geld, um einen erst ein Jahre alten G7-Kredit abzulösen. Merz könnte mit einer beherzten Aktion auch für Ruhe in der Finanzindustrie sorgen, aus der zuletzt ablehnende Stimmen zur Enteignung des russischen Staatsvermögens zu vernehmen waren.

Wer zahlt für Kriegsschäden?

Zeitgleich sucht die EU nach Wegen, die Forderungen an Russland auf eine legale Grundlage zu stellen. Bei einer diplomatischen Konferenz im niederländischen Den Haag beschlossen die 46 Staaten des Europarats eine sogenannte Entschädigungs-Kommission für die Ukraine.

Zuerst muss allerdings ein Entschädigungsfonds eingerichtet werden. Die Akteure prüfen laut dpa „mögliche Finanzierungsquellen“. Auch das „eingefrorene Vermögen der russischen Staatsbank, über dessen mögliche Nutzung beim kommenden EU-Gipfel verhandelt wird, könnte genutzt werden“, spekuliert die dpa. Die Finanzierung sei die „größte Herausforderung“, sagte EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas bei der Unterzeichnung des Abkommens.

Die Kommission soll Schadenersatzansprüche von Einzelpersonen, Organisationen und öffentlichen Stellen, die durch „völkerrechtswidrige Handlungen Russlands in oder gegen die Ukraine verursacht wurden“, prüfen. Sie soll auch die Höhe der Entschädigung festlegen. Bereits 2023 hatten die Staaten des Europarats bereits das Schadensregister beschlossen, mit dem Zerstörungen in der von Russland angegriffenen Ukraine dokumentiert werden. Nach Angaben des Europarats sind bereits mehr als 85.000 Anträge eingegangen.

Der Europarat ist eigentlich eine blockübergreifende Plattform unterschiedlichster Staaten. Als operatives Format funktioniert er jedoch nur eingeschränkt, da Russland 2022 nach der Invasion in der Ukraine ausgeschlossen wurde und später seinen Austritt erklärte.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj besuchte die Konferenz und bedankte sich für die Unterstützung. 34 Länder, darunter Deutschland sowie die EU, unterzeichneten das entsprechende Abkommen zur Kommission.

Ost-Flanke will mehr Geld von der EU

Unterdessen wollen die Staaten der EU-Ostflanke „die Sicherung möglichst vieler Finanzmittel zum Aufbau der Verteidigung gegen Russland“ erreichen, wie Bloomberg und Euractiv berichten. Die Staats- und Regierungschefs der acht östlichsten EU-Staaten trafen sich zu diesem Zweck am Dienstag in Helsinki, um einen Fahrplan für zu erarbeiten.

Unter der Leitung des finnischen Ministerpräsidenten Petteri Orpo wollen die Regierungschefs Schwedens, Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, Bulgariens und Rumäniens die Arbeit an Verteidigungskapazitäten aufnehmen, für die EU-Mittel beantragt werden sollen, so Bloomberg unter Berufung auf eine anonyme Quelle. Der Bedarf an höheren Militärausgaben sei an den östlichen Rändern des Staatenbundes, wo Russland die größte Bedrohung darstellt, am größten, erklärte Orpo. Später können sich, so gewünscht, auch andere Staaten wie Deutschland, die Niederlande oder Dänemark anschließen. Die Initiative zielt konzentrieren auf den Zeitraum ab 2027, wenn der größte

EU-Fördertopf zur Verfügung stehen wird.

Von der Leyens Vorzeige-Projekte in Gefahr

„Die Ostflanke verdient unsere besondere Aufmerksamkeit, denn in meinen Augen ist sie nach der Ukraine die zweite Verteidigungslinie unserer Freiheit“, sagte der litauische Präsident Gitanas Nausėda bei seiner Ankunft zum Gipfel. „Wir müssen eine Mauer der Abschreckung errichten.“ „Eine starke Ostflanke liegt im europäischen und im NATO-Interesse. Daher ist es von großer Bedeutung, einen solchen Mechanismus zur organisierten Lastenteilung zu haben, der die Stärkung der Ostflanke regelt“, erklärte der estnische Ministerpräsident Kristen Michal. Es sollen die Drohnenabwehr und militärische Mobilität aus dem EU-Topf finanziert werden.

Die Initiative läuft den Bestrebungen von Ursula von der Leyen zuwider, die die militärische Komponente der EU zentralisieren will. Von der Leyen argumentierte damit, dass die EU Mammutprojekte stemmen müsse. Bisher war für das Militär die Nato zuständig, da die meisten EU-Mitglieder auch Nato-Mitglieder sind. Vor allem Frankreich und Deutschland wollen ihre Dominanz nicht an Brüssel abgeben. Einen Test könnte es auf dem Gipfel in Brüssel geben. Von der Leyens Vorzeigeprojekte wie Drohnenabwehr, Grenzüberwachung sowie Luft- und Weltraumabwehrsysteme laufen Gefahr, abgelehnt zu werden, räsontiert Bloomberg.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.